Niederschrift
über die 30. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Mittwoch, 13. Januar 2016, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Carsten Höhre, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Yasemin Ince, Mitglied, B90/Grüne
Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat
Christian Geselle, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung
Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Ute Giebhardt, Frauenbeauftragte
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Tagesordnung:

1. **Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern** 101.17.1597
2. **Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen** 101.17.1904

3. Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen 101.17.1905
4. Sachstand Anonyme Spurensicherung 101.17.1906

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 6. Januar 2016 ordnungsgemäß einberufene 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung
Vorsitzende Kalveram gibt bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 4 betr. anonyme Spurensicherung wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden, wobei zunächst Tagesordnungspunkt 4 behandelt werden soll. Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzender Kalveram festgestellt.

1. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Bericht des Magistrats
101.17.1597

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, halbjährlich über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Stadtkämmerer Geselle berichtet über den aktuellen Stand zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Im Rahmen der Aussprache beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht von Stadtkämmerer Geselle wird zur Kenntnis genommen.

2. Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1904 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird das Gutachten des IWU zu den Kosten der Unterkunft kurz vorgestellt. Das Gutachten wird als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.

2. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird der Jahresbericht des Sozialamtes kurz vorgestellt. Der Bericht wird als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion. Im Rahmen der Diskussion macht Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, einen Änderungsvorschlag, der von Stadtverordneter Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, übernommen wird.

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Gutachten des IWU wird im Bürgerinformationssystem als PDF eingestellt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke/Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen, 101.17.1904, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sprafke

Vorsitzende Kalveram ruft nun die Tagesordnungspunkte 3 und 4 gemeinsam zur Beratung auf.

4. Sachstand Anonyme Spurensicherung
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1906 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Form werden die Spuren, die am Klinikum Kassel gesichert werden, aktuell gelagert und über welchen Zeitraum werden diese so gelagert, dass sie vor Gericht uneingeschränkt als Beweismaterial dienen können?
2. Sind beim Verfahren der Spurensicherung oder der Lagerung der Spuren noch Änderungen geplant, um die Gerichtsverwertbarkeit zu verbessern? Falls ja, welche?
3. Ist inzwischen geklärt, wer dauerhaft die Kosten für die anonyme Spurensicherung am Klinikum Kassel trägt?
4. Welche Schritte sind unternommen worden, um andere Kliniken im Stadtgebiet dazu zu bringen, ebenfalls eine anonyme Spurensicherung anzubieten?

Stadtkämmerer Geselle beantwortet die Anfrage. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von ihm und Frau Dr. Giebhardt, Frauenbeauftragte, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

3. Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1905 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel weist auf ihrer Internetseite darauf hin, dass am Klinikum Kassel die Möglichkeit zur anonymen Spurensicherung besteht.

2. Die Stadt Kassel wirkt beim Klinikum Kassel darauf hin, dass auch dort auf der Internetseite Informationen zum Angebot der anonymen Spurensicherung eingestellt werden.

3. Die Stadt Kassel setzt sich dafür ein, dass die Adresse des Klinikums Kassel auf der Internetseite der Organisation Terre des Femmes in der Auflistung der Kliniken erscheint, bei denen eine anonyme Spurensicherung angeboten wird.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen, 101.17.1905, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schöberl

Ende der Sitzung: 18:01 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Magistrat der Stadt Kassel
Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Soziales

Kassel, 11. Januar 2016

Stadtverordneten-Versammlung
Eing. 20. JAN. 2016

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Vorlage Nr. 101.17.1597
Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
Bericht des Magistrats

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 23. März 2015 beschlossen (geänderter Antrag):
„Der Magistrat wird aufgefordert, halbjährlich über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten."

Die Unterbringung erfolgt dezentral in zurzeit 5 großen (mehr als 135 Plätze) und 22 kleinen Unterkünften (bis zu 30 Plätzen). In den Monaten Februar und März 2016 kommen 1 große und 9 kleine hinzu. Ab 13. Januar 2016 wird die „Überlaufeinrichtung" in der Leipziger Straße 151 (ehemaliger Reno Schuhmarkt) in Betrieb genommen. Dort können maximal 148 Personen aufgenommen werden. Diese Einrichtung wird zur Überbrückung genutzt, wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Unterkünfte voll belegt sind. Rund 400 Personen leben in Wohnungen.

Die soziale Beratung erfolgt durch den Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V.. Es werden ausschließlich Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen mit Erfahrung in der Flüchtlingsberatung eingesetzt.

Entwicklung der Personenzahl (Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz):

31. Dezember 2013	459 Personen
31. Dezember 2014	711 Personen (+ 252 im Jahr 2014)
31. März 2015	852 Personen (+ 141 im 1. Quartal 2015)
30. Juni 2015	951 Personen (+ 99 im 2. Quartal 2015)
30. September 2015	1.116 Personen (+ 165 im 3. Quartal 2015)
31. Dezember 2015	1.717 Personen (+ 601 im 4. Quartal 2015).

Insgesamt sind derzeit rund 1.900 Personen untergebracht

Für das 1. Quartal 2016 liegt die Aufnahmequote bei 1.027 Personen.

Christian Geselle
Stadtkämmerer

Stadtverordneten-Versammlung Kassel
Eing. 22. JAN. 2016

13. Januar 2016

-VF- Giebhardt Tel. 8019

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat II
Eing.: 18. JAN. 2016

An -II-

über -V-

-16-
für das Protokoll

Für die Sitzung des Sozialausschusses 13. Januar 2016 –
Sachstand verfahrensunabhängige Spurensicherung

Derzeit werden Gespräche darüber geführt, in welcher Form die Spuren am Besten zu lagern sind, ob es z. B. sinnvoll wäre, sie im Rechtsmedizinischen Institut in Gießen zu lagern, oder besser hier vor Ort Kapazitäten auszubauen wären. Auch über die Frage der Frist der Lagerung muss noch abschließend beraten werden. Während in anderen Kliniken bzw. Instituten in Hessen nur eine Frist von einem Jahr vorgesehen ist, streben die Expertinnen vor Ort eher an, eine längere Frist zu haben. Im Rahmen von Informationen über das Projekt muss aber beispielsweise benannt werden, wie lang die Spuren aufbewahrt werden. Daher muss das erst geklärt werden, bevor eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Sinn macht.

Von den hiesigen Beratungsstellen ist vorrangig die Kasseler Hilfe in die konkreten Planungen eingebunden. Sie hat von der Stadt Kassel bereits jetzt den Auftrag, Frauen zu beraten und zu begleiten, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, und wird eine wichtige Anlaufstelle sein, an die die Ärztinnen und Ärzte die Frauen verweisen können. In diesem Zusammenhang wurden die Mittel für die Kasseler Hilfe aus den zusätzlichen kommunalisierten Landesmitteln für den Bereich Gewaltschutz um 3000 € erhöht.

Die Öffentlichkeitsarbeit muss sorgfältig geplant sein, da sie sich hauptsächlich darauf richten sollte, Frauen zu ermutigen, sich helfen zu lassen, damit sie nicht aus Scham oder Angst davor, dass über ihren Kopf entschieden wird, sich gar nicht in die Klinik begeben. Die Erfahrung des Projekts in Frankfurt zeigen, dass nur ein Teil derer, die sich untersuchen lassen, wünscht, dass die Spuren gesichert werden, der Aspekt der Gesundheitsversorgung steht im Vordergrund.

Wenn die Frage der Lagerung geklärt ist, wird das der nächste Schritt sein. Der Landkreis Kassel hat Interesse gezeigt, sich ebenfalls an dem Projekt zu beteiligen. Insofern könnten dann weitere Kliniken in der Stadt und im Landkreis dazukommen (bislang ist das noch nicht der Fall). Da die Öffentlichkeitsarbeit stark internetbasiert geplant wird (Auffindbarkeit über Smartphones!), wird es dann kein Problem sein, in die Infomaterialien weitere Kliniken aufzunehmen. In Frage kommen allerdings nur Gynäkologische Kliniken, da die Spurensicherung mit Hilfe des Dokumentationsbogens nur dort vorgenommen werden kann.

Ute Giebhardt

Dr. Ute Giebhardt